

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal etc. Bestellen. Man abonniert bei allen Zeitungs-Expeditionen und Postämtern, sowie in der Expedition.

# Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Deibelstraße 20.

Inferate pro 4spaltige Zeilen 10 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf. Erhaltenungen ist der Betrag in Reichsmark beizufügen, ansonsten der Betrag unterzeichnet.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Stuttgart, Sonnabend den 24. Februar 1894. 10. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1) Wir geben hiermit bekannt, daß vom 1. März an folgende Unterhaltungsätze für auf der Reise befindliche Mitglieder zu berechnen sind: Mitglieder, welche eine mindestens 13- bis 26-wöchentliche Mitgliedsdauer nachweisen und dafür ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten pro Kilometer 1 Pfennig, solche mit 26wöchentlichem und noch längerer Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bekommen 2 Pfennig pro Kilometer ausbezahlt. — Mitglieder von im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Vereinen, welche sich durch die grüne Mitgliedsbestimmungskarte als Mitglieder solcher Vereine ausweisen, erhalten bei mindestens 13wöchentlichem Mitgliedschaft pro Kilometer 1 Pfennig.

Im Uebrigen sind die Bestimmungen in § 32-35 des Statuts und die Vorschriften im Mitgliedsbuch genau zu beachten.

2) Mit 1. April soll eine statistische Aufnahme vorgenommen werden. Die dazu benötigten Formulare für Werkstätten- und Ortsstatistik werden rechtzeitig den Mitgliedschaften zugehen. Die Bevollmächtigten werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Formulare auch bei einzustellenden Mitgliedern, welche ihre Beiträge an Mitgliedschaftsorte abführen, zur Ausfüllung ausgehelt werden.

3) Im Verzeichniß der Mitgliedschaften ist Brandenburg a. S. zu streichen.

Der Verbandsvorstand. J. A. Dietrich.

## Die hohe Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung

bedrückt Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“. Eine kurze mehrere Nummern genauer Zeitschrift gehende Arbeit, „Der Kapitalismus in die siebte“ betitelt, giebt dem Verfasser Karl Kautsky Gelegenheit, in Nr. 17 auch die Zentralisation des Kapitals und der Gewerkschaften zu behandeln. Die Ausführungen sind sehr beachtenswert und wohl auch dazu geeignet, allen Streit über Werth oder Unwerth der Gewerkschaften — falls ein solcher unter Genossen noch zu finden ist — endgiltig beizulegen. Kautsky schreibt u. A. folgendes: „Es ist nicht zu leugnen, daß unter Umständen die politische Bewegung die gewerkschaftliche Fähigkeiten kann — ebenso oft ist freilich auch das Umgekehrte möglich! — indem sie ihr die nächsten Kräfte entzieht. Die Arbeiterbewegung ist nicht überreich an Kräften, und wenn sie einseitig auf eines ihrer Gebiete ihre Kräfte konzentriert, werden die anderen Gebiete darunter leiden. Ob aber das geschieht, das zu beurtheilen ist in jedem einzelnen Fall sehr schwer, und die Gewerkschaftler, diejenigen, denen bei der Arbeitsteilung in unserer Bewegung vorzugsweise die Thätigkeit in den Gewerkschaften zufällt, werden darüber anderer Meinung sein, als die Politiker, die vorzugsweise den politischen Kampf zu führen haben. Unseres Erachtens ist weder in Deutschland noch sonstwo von einer einseitigen Konzentration unserer Kräfte auf politischem Gebiete etwas zu merken. Der Rückgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung, soweit von einem solchen die Rede sein kann, ist eine Folge der Krise und der politischen Machtlosigkeit des deutschen Proletariats, dem es noch nicht gelungen ist, genügenden Eilenbogenraum für seine Gewerkschaften zu erkämpfen, trotzdem sie besten um so mehr befähigt, je mehr das sich zentralisirende und immer strammer sich organisirende Kapital sie in die Enge treibt. Die Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegt zum großen Theil begründet in der politischen Minderthätigkeit Deutschlands. Wäre z. B. die Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten und genügend stark gewesen, um das Niederretiren des Ausstanzes der Bergarbeiter im Saarrevier und die Zertrümmerung ihrer Organisation durch die Regierung zu hindern; wäre sie bereits im Stande gewesen, den zehnständigen Normalarbeitszeit und für die Frauen und die Landarbeiter volle Koalitionsfreiheit zu erkämpfen, dann würde die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ganz anders dastehen, als sie jetzt dasteht.“

Die politische wie die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung sind aber beide so notwendige Lebensäußerungen des Proletariats und so innig mit einander verbunden, daß eine Versäumnung der einen auf Kosten der anderen eine Anormalität ist, die nur abnormen Umständen

entspringen kann und die auf die Dauer nicht anhält. Ueberall drängt die Arbeiterklasse in gleicher Weise nach gewerkschaftlicher wie nach politischer Bethätigung. — Jede Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung muß schließlich auch zu einer Vermehrung der politischen Macht der Arbeiterklasse führen — — — — — ungekehrt wird auch eine Arbeiterklasse, so lange sie politisch einflußlos ist, nicht zu einer starken gewerkschaftlichen Organisation gelangen können. Denn die herrschenden Klassen verweigern überall, wo sie vor können, die Gewährung jener politischen Freiheiten, welche die Vorbedingungen des Entstehens und Gedeihens der Gewerkschaften sind, und wo sie sie gewähren müssen, suchen sie sie in der Praxis möglichst zu veräußern. — — — — — Aber noch in anderer Weise fördern politische Bewegung und Gewerkschaftsbewegung einander. Seit jeher galt in der deutschen Sozialdemokratie der Grundsatz, daß die Gewerkschaften das Rekrutierungsgebiet für die Sozialdemokratie bilden, daß sie die Indifferenten heranziehen und für die Partei reif machen. Man vergesse jedoch nicht, daß auch das Umgekehrte stattfindet. Nicht alle Arbeiter sind im Stande, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nur die Bestgestellten vermögen das. Die Schichten, die so günstig gestellt waren, daß für sie eine gewerkschaftliche Organisation möglich wurde, waren auch diejenigen, aus denen sich die Partei in ihren Anfängen fast ausschließlich rekrutirte. Damals konnte man wohl sagen, daß wer nicht einmal an der ihm so viel näher liegenden Gewerkschaftsbewegung ein Interesse habe, schon gar nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen sei, daß der Weg zu dieser durch jene gehe.

Heute ist die Sozialdemokratie weit über diejenigen ihren ursprünglichen Kreis hinausgewachsen, sie hat zahlreiche Arbeiterschichten erfaßt, die der Gewerkschaftsbewegung bisher unzugänglich gewesen sind. Wohl appellirt die letztere an die nächstliegenden Interessen und vermag dadurch die Indifferenten leichter zu gewinnen, als die Partei. Aber sie verlangt in der Regel auch größere Opfer, setzt mehr Kraft und Selbstbewußtsein voraus. Einen Stimmzettel bei gemeiner Wahl abzugeben und eine Zeitung zu lesen, ist meist leichter und gefahrloser, als einer Gewerkschaft anzugehören und bei einem Streik mitzugehen. Unsere Partei erhält denn auch jetzt bei jeder Wahl zahlreiche Stimmen aus Gegenden und Arbeiterschichten, in denen eine gewerkschaftliche Bewegung bisher nicht Fuß fassen konnte.

Ist aber die Gedankenlosigkeit und Jurdischkeit eines indifferenten Arbeiters einmal so weit überwunden, daß er seine Stimme für den Kandidaten des Proletariats abgibt, dann bleibt er dabei nicht stehen. Er ist zum Nachdenken erzwungen, sein Selbstgefühl regt sich, er sucht den Zusammenhang mit seinen Kameraden, er beginnt das Bedürfnis nach einer gewerkschaftlichen Organisation auf das Lebhafteste zu empfinden und gewinnt nun oft auch die Kraft, sich einer solchen anzuschließen.

Denklich kann man das in England verfolgen, wo die Gewährung des Wahlrechts an die Landarbeiter diese aufgerüttelt und die gewerkschaftliche Bewegung unter ihnen sehr gefördert hat. Aber diese Erscheinung ist ebenfalls in Deutschland, wenn auch nicht so auffallend, eingetreten. Jede Ausdehnung der politischen Bewegung bedeutet heute auch eine Erweiterung des Rekrutierungsgebietes der Gewerkschaften.

Noch ein Punkt ist hier in Betracht zu ziehen. Es giebt Leute, die annehmen, die Zeit für die Gewerkschaften sei vorbei. Was diese bisher für einzelne Arbeiterschichten geleistet, müsse nun vom Staat für die gesamte Arbeiterklasse geleistet werden. Jeder politische Sieg der Arbeiterklasse, z. B. jedes Arbeiterstimmengesetz, bedeute eine Einengung des Wirkungskreises der Gewerkschaften und habe die Tendenz, sie überflüssig zu machen. Nichts ist irriger als das. Manche Aufgaben, z. B. die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfälle u. s. w., kann ja der Staat den Gewerkschaften abnehmen, aber eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Funktionen wird er nie ausüben können. So wird z. B. der Kampf um den Lohn, so lange das Lohnsystem besteht, immer eine Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes ist eine Utopie; wohl aber sind Gewerkschaften mitunter im Stande, Minimallöhne festzusetzen und zu erzwingen.

Aber auch der Kampf um den Arbeitstag wird stets eine Sache der Gewerkschaften bleiben.

Der gesetzlich festgesetzte Normalarbeitszeit macht diesen Kampf nicht ein Ende, er fördert ihn vielmehr. Denn er ist nur ein Maximalarbeitszeit; er hindert nicht die Arbeiter begünstigter Gewerbe in ihren Bestrebungen, weitere Verkürzungen ihrer Arbeitszeit auf gewerkschaftlichem Wege durchzusetzen, sondern gewährt ihnen eine Stütze dabei. Gerade der Normalarbeitszeit hat sich in manchen Gewerben als das mächtigste Förderungsmittel der gewerkschaftlichen Organisation erwiesen.

Und wenn die Gesetzgebung den Gewerkschaften manche Aufgaben abnimmt, so erwachen ihnen wieder neue, entweder aus der Gesetzgebung selbst — z. B. die Ueberwachung ihrer Durchführung — oder der ökonomischen Entwicklung im Allgemeinen. Die Politik hat also keineswegs die Tendenz, die Gewerkschaften zu schädigen.

Resumieren wir das Gesagte: Die Zusammenfassung der einzelnen Betriebe bestimmter Industriezweige durch Kartelle hat die Tendenz, die Widerstandskraft der Arbeiter in gewerkschaftlichen Kampfe zu schwächen. Aber das besagt noch lange nicht, daß die Arbeiter dadurch thatsächlich widerstandsunfähig werden. Wenn die gesellschaftliche Entwicklung eine Reihe von Tendenzen erzeugt, die auf Verringerung der ökonomischen Widerstandskraft abzielen, so erzeugt sie auch eine Reihe von Gegen Tendenzen, namentlich moralische, intellektuelle und politische Kräfte in der Arbeiterklasse, die in entgegengesetzter Richtung wirken. Die Zunahme oder Abnahme der Widerstandskraft der Arbeiter — sowohl der gesammten Arbeiterklasse wie jeder ihrer Schichten — ist also ein sehr komplizierter Prozeß, der von dem Zusammenwirken zahlreicher Faktoren bedingt wird, Faktoren, unter denen die Bildung der Kartelle keineswegs der bedeutendste ist. Ginge das Wachstum der die Widerstandskraft der Arbeiter schwächenden Faktoren — Verhängung der Kapitalisten untereinander, industrielle Reservearmee, Geschäftslösigkeit — rascher vor sich als das der in der entgegengesetzten Richtung thätigen Faktoren, der Solidarität und des Opfermuthes, der Intelligenz und der Erziehung der Arbeiter, der Konturrenzjagd der Kapitalisten unter einander, der Aneignung der Bourgeoisie gegen Monopole, endlich, last not least, der politischen Macht der Arbeiterklasse, dann müßten allerdings die Gewerkschaften an Macht und Bedeutung abnehmen, dann würde der gewerkschaftliche Kampf, namentlich der Streik, immer unmöglicher werden. Wir haben aber die trübsinnigen Gründe, anzunehmen, daß dies in der Zukunft ebenso wenig der Fall sein wird, wie es bisher der Fall war, und daß auch in der Zukunft das Wort von Karl Marx gelten wird, daß er 1847 aussprach, als er, im Gegensatz zu den liberalen Oekonomen wie zu den Sozialisten seiner Zeit, auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf hinwies und das heute ebenso gilt, wie vor einem halben Jahrhundert: „Trotz jeder, trotz Handbänder und Klopens, haben die Arbeiterkoalitionen (Gewerkschaften) keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist heute so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt die umfangreichsten und bestorganisirten Koalitionen.“ („Lebens der Philosophie“, 2. Auflage, S. 160.)

Die Gewerkschaftsbewegung wird auch weiterhin, ebenso wie bisher, Hand in Hand mit der politischen Bewegung des Proletariats vorwärts schreiten. Freilich, relativ, im Verhältnis zur politischen Bewegung wird sie wohl zurückgehen; der Schwerpunkt der Bewegung wird immer mehr auf das politische Gebiet hin sich verschieben; sie wird auch in Verschiebenem ihren Charakter erheblich ändern, wie sie ihn bisher schon geändert hat; die Lösung mancher Aufgabe wird sie der politischen Bewegung überlassen müssen, um dafür manche neue Aufgabe aus deren Erfolgen und dem Gang der ökonomischen Entwicklung zu schöpfen; aber wie immer sie sich auch gestalten mag, sie wird, wie das Proletariat selbst, an Ausdehnung und Bedeutung stetig wachsen.

## § 32 Absatz 4 des Statuts!

Nachdem von Stuttgart aus die Anregung auf Änderung des Absatz 4 in § 32 des Statuts ergangen ist, scheint es — den Berichten einzelner Mitgliedschaften nach zu urtheilen — daß man allmählich

beginnt, sich bezeichneter Paragraph genauer anzusehen und dabei überall zu dem Resultate gelangt, daß er unbedingt reformbedürftig ist. Die Erörterung aber, daß diese Frage zu einem bestimmten Meinungsaustausch in der Zeitung führen würde, hat sich leider bis auf eine einzige Ausnahme nicht bestätigt. Düsseldorf war der einzige Ort, der in dieser Angelegenheit öffentlich das Wort ergrieff und energig für eine Änderung des in Rede stehenden Paragraphen eintrat. Es muß diese Lesartje um so mehr Wunder nehmen, als es sich doch um einen Interessenpunkt des ganzen Verbandes handelt, um eine Sache, die unter Umständen für jedes Verbandsmitglied von Werth und Bedeutung sein kann. Aus sonderbarsten aber ist es, daß gerade die größten Mitgliedschaften, die doch sonst bei jeder Gelegenheit ebenfalls sich zu dieser Frage bisher sehr passiv verhalten, und es nur Verlässlichen kleineren Abtheilungen überlassen haben, in ihren Versammlungen darüber zu diskutieren. Glaubt man etwa in den Großstädten, dieser Frage deshalb weniger Bedeutung beilegen zu dürfen, weil der größte Theil ihrer Mitglieder am Orte anständig ist und voraussichtlich nicht mehr auf die Reise geht? Dann ist das ein unbedingt verkehrter Standpunkt; ein Jeder hat doch die Pflicht, die Interessen der reisenden Mitglieder zu wahren, diese werden aber durch die gegenwärtig bestehenden Vorschriften des § 32 auf alle Fälle gefährdet.

An die tausend Mitglieder sind heute durch die Ungunst der Verhältnisse gezwungen, die Landstränge zu besetzen und nur in langen Zwischenräumen haben sie vielleicht das Glück, wieder für einige Wochen Arbeit zu finden. Da ist Jemand vielleicht 13 Wochen oder auch einige Jahre Mitglied des Verbandes und hat stets seine Beiträge gezahlt; nun kommt das Mitglied auf die Reise und denkt für eine Zeit lang gehäpft zu sein. Er erhält für 100 bis 500 Kilometer Unterhaltungsgebühr; es gelangt ihm dann z. B. für 5—8 Wochen Arbeit zu erhalten, muß aber dann wieder weiter. In diesen Fällen bekommt er keine Unterstüttung mehr — obwohl er früher Jahre lang seine Beiträge entrichtet und auch während seiner letzten Beschäftigung seinen Verpflichtungen gegen den Verband nachgekommen ist — und zwar aus dem Grunde, weil seine letzte Arbeitsgelegenheit 1. länger als 4 Wochen gedauert hat, und 2. weil sie nicht bis 13 Wochen anhält und er somit den Vorschriften des Statuts, erst wieder 13 Wochenbeiträge zu entrichten, um Unterstüttungsrecht zu erlangen, nicht entsprechen konnte. Er hat also seinen Anspruch auf 1000 Kilometer Unterstüttung deshalb verloren, weil er, nachdem er für einige Kilometer unterstüttet wurde, nur für 5 bis 10 Wochen Arbeit gefunden und gearbeitet hat.

Eine verärgerte Einridtung ist aber doch die denkbar unwichtigste, sie ist einfach unhalbar. Es müssen einem jeden Mitgliede, welches nach dem Statut unterstüttungsrechtig ist, seine Ansprüche auf 1000 Kilometer gewahrt bleiben. Um das zu ermöglichen, ist eine Änderung des § 32 Abs. 4 unbedingt notwendig, und scheint uns die vorgeschlagene neue Fassung des betreffenden Abschnittes: „Mitglieder, welche auf einer oder mehreren Touren den Betrag für 1000 Kilometer erhalten haben, dürfen erst nach weiterer 13wöchentlicher Beitragsleistung eine weitere Unterstüttung gewährt werden.“ die richtige, um den reisenden Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Diese Ueberänderung durchzuführen muß nun aber, nachdem bisher Fesler, der dem Verbandstage bei der Statutenberatung unterlaufen ist, erkannt und aufgedeckt wurde, unsere heiligste Pflicht sein. Wir dürfen vor den etwaigen Kosten einer Uraufstimmung nicht zurückschrecken, gilt es doch, einem Unrecht, welches bisher einer großen Zahl von Verbandsmitgliedern durch den Verband geschieht, ein Ende zu machen. Ueberdies dünkt uns der Kostenanschlag einer Uraufstimmung, der von Stuttgart aus betreffs dieser Frage gemacht wurde, als viel zu hoch gegriffen, aber selbst wenn sich die Kosten auf 200 Mk. beziffern sollten, so ist dies immerhin kein genügender Grund, um etwas, was wir für falsch und schädlich für den Verband erkannt haben, fortzusetzen zu lassen.

Die weitere Verführung, daß, wenn jetzt eine Uraufstimmung vorgenommen würde, alsobald andere Mitglieder mit ähnlichen Anträgen kommen würden, ist wohl vor der Hand haltlos. Es würde sich dann vor Allem darum handeln, ob die zu erwartenden Anträge von solcher Wichtigkeit und Bedeutung sein würden, wie der vorliegende, um das Recht in Anspruch nehmen zu können, daß sie in einer außerordentlichen Uraufstimmung erledigt werden. Darüber hat ja immer die Mehrheit der Mitgliedschaften das letzte Wort zu sprechen.

Unendlich nahe liegt es ferner, wenn in der Stuttgarter Mitgliedschaft als Grund gegen die Änderung des § 32 unter Anderem auch gesagt wurde, daß diejenigen, welche länger als vier Wochen Arbeit haben, sich etwas erübrigen und auf die Seite legen könnten, und somit der Verbandsunterstüttung nicht mehr so nötig bedürften. Der Mann, der diesen Ausspruch that, verbiest in seinen Redensarten zu liegen, er würde dort einen Stimm- und Konfession alle Ehre machen. Wollte man die



Sache von diesem Standpunkte aus betrachten, so müßte man logischer Weise zu der Ansicht gelangen, daß Derjenige, welcher das Glück hat, Monate und Jahre lang Arbeit zu haben, auf dem besten Wege sei, ein reicher Mann zu werden, und die ganze Unterthänigkeit würde als überflüssig erscheinen. Wie soll Jemand unter den heutigen Verhältnissen, wenn er abgerissen und abgenußert, wie es ja meist der Fall ist, auf etliche Wochen Arbeit erhält, bei den paar Pfennigen, die er bekommt, sich etwas überlegen? Ein Jeder, der gesund hat, der das Leben auf der Landstraße überhaupt kennt, weiß, wie unmöglich das ist, und bei solchen sollte man sich erst erkundigen, wenn man über vergleichliche Dinge sprechen will.

Weiter ist noch angeführt worden: „Die vorgeschlagene Aenderung würde zu belästigen auf die Verbandskasse wirken“. Allein, solche Gründe sollten man doch lieber aus dem Spiel lassen, sie sind einfach nach der Lage der Dinge nicht angebracht und nicht stichhaltig. Es dürfte doch klar sein, daß es nicht in der Absicht der Statutgeber gelegen haben kann, die 1000 Kilometer Unterthänigkeit nur Denjenigen zukommen zu lassen, die sie unmittelbar hinter einander erleben, sondern man ist sich eben der Konsequenzen, welche aus der derzeitigen Formulierung des § 32 erheben können, nicht vollständig bewußt gewesen. Dies ist unumkehrbar anzunehmen, es ist doch Thatsache ist, daß die Mehrzahl der Kollegen, welche für kurze Zeit, also zur Ausfülle, eingestellt werden, in der Regel länger als vier Wochen beschäftigt sind. Man kann also von vornherein nicht die Absicht gehabt haben, das Gros der reisenden Mitglieder, das ja nur auf Ausfüllstellen zu rechnen hat, von dem vollen Genuße der Unterthänigkeit auszuschließen. Müßten wäre die vorgeschlagene Aenderung des Paragrafen keine Neuerung oder Vergünstigung, sondern lediglich nur eine Milderung, die im Interesse des Verbandes sowohl, als auch im Interesse der reisenden Mitglieder vorgenommen werden muß.

Darum, Kollegen aller Orts, tretet an die Frage heran, und fordert dafür, daß sie so schnell als möglich ihre Erledigung findet.

Dortmund. J. L.

Der Düsseldorf'er Anregung sowohl als auch den eigenen Trieb folgend, unterbreitete auch die Mündener Ortsverwaltung ihren Mitgliedern den § 32 zur eingehenden Beschäftigung. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß die Bestimmungen desselben eine ganz ungerechtfertigte Härte gegen Einzelne in sich bergen, welche um jeden Preis, eben um dieser Ungerechtfertigkeit willen, sofort beseitigt werden müßte. Die Stimmung der Mitglieder gab sich oftmals in recht krafftlicher und ungewöhnlicher Weise kund. Die Ausführungen jenes Stuttgarter Kollegen, welcher meint, man sei nach einer Beschäftigung von fünf Wochen der Reiseunterthänigkeit weitaus bedürftiger als nach einer solchen von mindestens 13 Wochen, konnte in ihrer Wirkkraft natürlich nicht anders als erheitend wirken. Kollege Wölter, unser Delegirter beim jüngstvergangenen Verband, ist der Meinung, daß die Verfertiger des Statuts durchaus nicht eine derartige Auslegung beabsichtigt oder vorausgesehen hätten. Der Paragraf wäre in dieser Fassung nur angenommen worden, um die auf der Reise befindlichen Kollegen zu veranlassen, sich bei etwaiger Unterbrechung derselben rechtzeitig anzumelden. Er ist der Ansicht, daß ein Antrag der Mitgliedschaft an den Verbandsvorstand genügen würde, diesen zur prägnanter Fassung der fraglichen Bestimmung zu veranlassen. Die Mitglieder waren jedoch anderer Meinung und beschloßen gegen eine Stimme, sich den Anträge der Düsseldorf'er Mitgliedschaft anzuschließen. Auch hoffen wir, daß eine Urabstimmung sich noch etwas billiger, als sie in Stuttgart veranlagt wurde, herstellen läßt, wenigstens erscheint es uns etwas räthselhaft, wie das Verlangen, Sammeln und Sichten der Listen das Entstehen einer Kostensumme von 200 Mark veranlassen könnte.

München. K.

**Korrespondenzen.**

**Leipzig.** Der Buchbinder-Verband hielt am 3. Februar eine Versammlung ab, in welcher Herr Robert Brauns über „das Unfallversicherungs-Gesetz“ sprach. Referent gibt einen Rückblick, wie die Arbeiter mit der wichtigen Schaffung von Unterthänigkeitsstellen in den schweizer Jahren begannen. Schon im 17. Jahrhundert gab es Unterthänigkeitsstellen für Kranke (Krankengründungen). Nachdem im Jahre 1861 in Leipzig der erste Arbeiterverein gegründet wurde, entstanden nach und nach viele Arbeitervereine, welche in Lohn- u. s. f. Fragen Ordnung zu schaffen sich zur Aufgabe gemacht hatten; doch als 1878 das Unfallversicherungs-Gesetz kam, gingen viele solcher Institute ein. Referent geht weiter auf das Hauptthema des Jahres 1871 ein; dasselbe habe seinen Zweck nicht erfüllt, da kein Arbeiter zu seinem Rechte kam. Am 6. Juli 1884 kam das Unfallversicherungs-Gesetz, welches außer seinen 111 Paragraphen noch so viele Ausführungsbestimmungen habe, daß es nicht möglich sei, in einem Abend das ganze Material erschöpfend zu behandeln. Dieses Gesetz hat vor allem das Gute, daß der Arbeiter nicht zu den Kosten beitragen muß. 112 beschäftigte Berufsgenossenschaften zerfallen in 943 Sektionen mit 1068 Genossenschaftsvorständen, was die Geschäftsführung erschwert. Bezeichnend sei, daß die Verwaltungskosten höher sind als die Renten. Weitere Mängel, welche diesen Instituten anhaften, beleuchtete Referent in längeren Ausführungen und gibt den „Preis-Courant“, d. h. die verschiedenen Höfen der Renten, bei den verschiedenen Verletzungen an. Eine prächtige Illustration zur Illustration kapitalistischer Arbeiterfreundlichkeit. Der § 41 des Gesetzes gibt den Arbeitern das Recht, an den Schlichtergerichten theilzunehmen;

hies sollte voll und ganz ausgenutzt werden! Bei solchen Wahlen sollte man nur Leute wählen, die unsere Interessen zu wahren verstehen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Zipperer, Linke und Nardien. Im Besonderen machte Kollege Glaubig bekannt, daß dem Antrage in letzter Generalversammlung, den Gauertrauensleuten des Verbandes 50 Mk. aus der Kasse des Fachvereins zur Agitation in Sachsen zu übergeben, nicht stattgegeben werden könne, da dies aus vereinsgesetzlichen Gründen leider für den Fachverein unmöglich sei. Weiter forderte derselbe auf, für den Besuch der Versammlungen in den Herbstferien rege Agitation zu betreiben und für guten Besuch der öffentlichen Versammlung zu sorgen, sowie Frauen und Mädchen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Lt. Sch.

**Augsburg.** Am 4. Februar, Nachmittags 3 Uhr, hielt die hiesige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kasseebericht, 2. Verbandswahl, 3. § 32 Abs. 4 des Statuts, 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhält Kollege Lehmann das Wort. Aus seinem Bericht geht hervor, daß die Einnahmen Mk. 75,57 und die Ausgaben Mk. 23,08 betragen; davon sind 50 Mk. an den Verbandskassierer abgemaldet, 20 Pro. gleich 11 Mk. und Mk. 2,49 bleiben am Dr. Die Kassafrage hatte im letzten Vierteljahr eine Einnahme von Mk. 120,61 und eine Ausgabe von Mk. 56,74. Die Revisorien befähigen die Richtigkeit der Abrechnung und wird dem Kassierer Decharge erteilt.

Auf Vorschlag des Kollegen Buchwald wird der alte Vorstand durch Affirmation wiedergewählt. Als 2. Revisor fungirt Frauä. Staube. Der Vorstand setzt sich demnach aus folgenden Personen zusammen: 1. Bevollmächtigter Jährliche, Kassierer Lehmann, Schriftführer Hirschfeld, Bibliothekar Gräfe, Revisor Frauä. Staube.

Vom Kollegen Hirschfeld werden noch verschiedene bisherige Mißstände im Vorstand gerügt. An der Debatte hierüber beteiligten sich die Kollegen Jährliche und Buchwald.

Am 3. Punkt wird der Artikel von Düsseldorf in Nr. 3 verlesen. In der Diskussion nehmen die Kollegen Buchwald, Jährliche, Staube und Hirschfeld das Wort. Es herrscht die Meinung vor, daß das Statut noch nicht lange genug in Kraft wäre, um jetzt schon darüber zu urtheilen. Außerdem ist der angelegte Punkt doch nicht so wichtig, um darüber eine Urabstimmung abzuhalten. Anschließend hieran entspinnt sich zwischen Kollegen Staube einerseits und den Kollegen Buchwald und Hirschfeld andererseits eine ziemlich erregte Debatte über den Nutzen der verschiedenen Organisationen.

Im Punkte Verschiedenes stellt Kollege Hirschfeld den Antrag, an alle buchbindende Verbandsmitglieder eine Schlafmarke für 30 Pf. aus lokalen Mitteln zu gewähren. Kollegen Jährliche und Buchwald sind dagegen und stellt Buchwald den Antrag, Ausgewählten und nicht Kollegeberechtigten 50 Pf., Selbstgeborenen 30 Pf. zu geben. Nachdem Hirschfeld seinen Antrag zurückgezogen, wird der Buchwald'sche Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen. — Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wird die seit langer Zeit zum ersten Male gut besuchte Versammlung Abends 7 Uhr geschlossen.

Möge es das Bestreben eines Jeden sein, durch eifrige Agitation unserer Organisation weitere Kampfgenossen zuzuführen, damit auch wir zur Erlangung unserer gerechten Forderungen beitragen. Mit uns der Kampf, mit uns der Sieg. Hirschfeld.

**Rassel.** Ganz werden sich die meisten Kollegen wundern, daß auch die Kassier Stellen wieder einmal von sich hören lassen, denn hier in Rassel sind doch die Verhältnisse der Buchbindeergewerkschaft, wenn man die Herren Innungsmeister hört, so glänzend, daß ein näheres Beleuchten derselben als überflüssig erscheint. Wir sind aber gewöhnlich etwas ungläubig in solchen Sachen, weshalb Kollege Witt aus Hannover am Sonntag den 28. Januar in einer, leider sehr schwach besuchten Versammlung (es waren von 50 durch Juktular eingeladenen Kollegen zwölf erschienen) einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation der Buchbinde gehalten hat. Kollege Witt hat sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden entledigt. Er legte in großen Zügen den Entwicklungsgang der heutigen Gesellschaft klar, zeigte durch Beispiele, daß sich die Arbeitgeber auf jede Weise ihren Profit zu sichern suchen und daß der einzelne Arbeitnehmer gegen die Macht derselben nichts auszurichten vermöge; daß aber auf der anderen Seite die vereinigten Arbeitnehmer gegen den Kapitalisten eine Macht seien, welcher auch Rechnung getragen würde. Ebenso besprach Referent die Unterthänigkeit der Arbeitlosen. Das große Referat war wohl und mußte leben und böse dageshalb seine Arbeitskraft zu jedem Preise an die Arbeitlosen würden aber, je besser die Unterthänigkeit ist, desto weniger einen arbeitenden Kollegen durch geringe Lohnforderung arbeitslos machen. — Sodann erwähnte Referent noch der Vorgänge nach der Arbeitlosenversammlung in Berlin, wo wieder einmal benoten wurde, daß die Gewerkschaft, welche das Verbandsmitglied vertritt, auf jede Weise, und sei es mit Gewalt, Unflorsich gemacht werden.

Bei der späteren Klarstellung der Kassier Verhältnisse stellte es sich auch wieder einmal heraus, daß unser Unglaube den Weistern gegenüber nur zu sehr gerechtfertigt war; die horrenden Löhne, welche hier bezahlt werden, werden wohl manchem Kollegen ein geheimes Grauen antommen lassen. Mit 12, 13,50, aber, wenn es hoch kommt, 15 Mark schlagen sich hier verarbeitete Geisteskräfte, unerschreiblich in Kost und Logis mit 4 bis 5 Mark, bei halber Kost und Wohnung mit 7,50 bis 8 Mark. Wenn fällt da nicht unwillkürlich das Lied ein: Wer kann noch so zujubeln als ein Buchbinde sein, u. s. w. Bei Aufnahme der Mitglieder meldesten sich jedoch zum Eintritt an und drei schon zum Verband gehörige, so daß sich hier jetzt neun Mitglieder unter

40 Mitgliedern befinden. Dieses Mitgliederhältnis ist gewiß traurig genug, aber wir werden es uns zur Aufgabe machen, so viel wie möglich Kollegen an unseren Verband heranzuziehen. — Unserem Referenten, Kollege Witt, sagen wir nochmals für seine Ausführungen unsern herzlichsten Dank. Mit kollegialstem Gruß H. Vohje.

**Wiesfeld.** Wie allen aufmerksamem Lesern unseres letzten Berichts bekannt sein wird, hatten wir im Laufe des letzten Quartals einen Prozeß zu übernehmen und handelte es sich um einen Streitfall zwischen der Frau Witwe Klinger, Buchbindebesitzerin, und dem Kollegen Paul Hampel. Der Fall war folgender:

Am 25. September 1893 meldete sich Kollege H. bei unserer Abtheilung an und fragte, ob für ihn eine Stelle offen sei, er habe zwar eine Stelle, die ihm aber nicht gefiele. Die Frau K. hatte vorher beim Arbeitsnachweis um einen tüchtigen nicht zu jungen Gehilfen getreten und versprochen, 18 bis 20 Mark Lohn zu zahlen. Dieses wurde Kollege H. nun mitgeteilt und ging der Kassierer, als Bevormahnder des Arbeitsnachweises, mit H. zu Frau K. um denselben vorzustellen.

Letztere stellte den Kollegen ein und versprach ihm bauernde Stellung bei zufriedenstellenden Leistungen. — Nach vier Tagen aber kam es der Frau K. plötzlich in den Sinn, unseren Kollegen H. wieder aufhören zu lassen; letzterer forderte nun 14tägige Lohnzahlung, wovon die Gehilfeninhaberin jedoch nichts wissen wollte, und motivirte sie ihre Handlungsweise, indem sie sagte, der Gehilfe sei ihr zu unklar in Kleidung und sie müsse einen stottern, schmeiglichen Mann haben. Hierauf verlagte Kollege Hampel die Frau auf 14tägige Lohnentziehung und übergeben wir die Sache einem hiesigen Rechtsanwalte. Dieser Prozeß hat nun fünf Termine erledigt und ist endlich zu unserm Gunsten erledigt worden. Der Kollege H. bekommt seinen 14tägigen Lohn von 36 Mark ausbezahlt, außerdem hat die Frau K. die Kosten von zwei Rechtsanwalts und sämtliche Gerichtskosten zu tragen. — Wir halten es für unsere Pflicht, diesen Fall zu veröffentlichen, um bei ähnlichen Vorkommnissen in anderen Abtheilungen ihn als Lehre dienen zu lassen.

In unserer letzten Versammlung stand u. A. auch die Wahl eines Mitgliedes zum Gauerstand an Stelle Homfeld's auf der Tagesordnung und es entspann sich hierüber eine heftige Debatte. Es wurde erwähnt, daß den Düsseldorf'ern der Vorwurf der Nachlässigkeit nicht erpart werden könne, denn es sei unklar, so viele Aemter einem Manne aufzugeben, und außerdem hätte ihnen eine unregelmäßige Amtsverwaltung längst auffallen müssen.

Ein Antrag, den Gauerstand ganz von Düsseldorf zu verlegen, wurde mit knapper Majorität abgelehnt. An Stelle Homfeld's wurde hierauf Kollege Döpel in den Gauerstand gewählt.

Am Sonntag den 3. Februar hielten wir unser erstes Stiftungsfest in den Räumen des „Arbeiter-Bildungsvereins“ ab. Ein rühriges Festmahl, sowie die Mitwirkung des Grapshischen Gesangsvereins hatten für ein reichhaltiges Programm gesorgt. Außer unseren Kollegen waren auch die Buchdrucker mit ihren Familien zahlreich vertreten und hielten in freudiger Stimmung bis zum frühen Morgen aus. Den Mitgliederleistungen Dortmund, Magdeburg, Detmold, Göttingen, sowie den Kollegen Grommer, Bruhn, Adernann und den Herfordern, welche uns durch Glückwünsche bedachten und Allen, welche zur Verschönerung des Festes mit beigetragen, sagen wir an dieser Stelle unsern verbindlichsten Dank. B.

**Magdeburg.** Bei der Versammlung am 27. Januar stand als erster Punkt der Tagesordnung: „Wie stellt sich die Magdeburger Kollegenchaft zu dem Antrag Düsseldorf' § 32, Abs. 4 des Statuts, betreffend Reiseunterthänigkeit?“ In längerer Diskussion erklärten sich sämtliche Kollegen für den Antrag Düsseldorf, auch wurde der Antrag gestellt, Letzteres der Wichtigkeit wegen in der „Buchbinde-Zeitung“ bekannt zu geben, um die anderen Mitglieder des Verbandes nochmals auf diesen Punkt aufmerksam zu machen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde umfänglich halber bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der nächste Punkt war Fragestellung; dieser erhielt vier Fragen, welche zum Theil von den Kollegen beantwortet wurden; jedoch eine hiervon wollten wir hier an dieser Stelle wiedergeben: „Besteht für kleine Werksbuben Sonntagsgelde?“ Und dürfen die Lehrlinge Sonntagsgelde verdienen? Und wie lange?“ Wir sind der Meinung, daß, sobald dieser erwähnte Fall ohne jede eingeholte Erlaubnis geschieht, strafbar ist. (Ein Verbot, Lehrlinge an Sonntagen arbeiten zu lassen, besteht bis jetzt nicht, dagegen sagt § 126 der Gewerbeordnung diesbezüglich nichts; ist [der Lehrherr] darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen.“ — Der Lehrherr muß also die zum Besuch von Fortbildungsschulen sowie des Gottesdienstes erforderliche Zeit unter allen Umständen freigeben. Verletzungen dagegen können nach § 148 Ziffer 9 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft werden. Die Redaktion.) Hierauf beschloß die Versammlung, nach Wiesfeld ein Telegramm zum 10. Stiftungsfest zu senden. Auch wurde die Anschaffung des Buches „Familienbuch der Naturgeschichte“ beschlossen. Zum Schluß kam die Angelegenheit betreffs der Buchbindearbeiten der hiesigen Volkshilfsmittel (welche früher schon einmal an dieser Stelle von uns zur Sprache gebracht wurde) nochmals zur Sprache; Leider müssen wir berichten, daß diese Angelegenheit genau noch beim Alten ist, auch waren unsere Wähler ganz unzufrieden. Das Letztere haben wir aber hauptsächlich einigen oder vielmehr einer Person zu verdanken; dieser Herr (parbon Genosse) ist Leiter der Buchhandlung und vergibt

somit auch die Buchbindearbeiten. Derselbe äußerte neulich einem Kollegen gegenüber: Sobald wir die Arbeiten der der hiesigen Firma nicht mehr machen lassen dürfen, so werden wir unsere Bestellungen in Leipzig machen lassen. Die hiesige Firma wird natürlich von diesem Herrn gezwungen, für einen so ermäßigten Preis zu arbeiten; glaubt denn dieser Herr vielleicht, daß in der Leipziger Firma Verbandskollegen beschäftigt werden? Sollte es nun doch so weit kommen, daß die Arbeiten nicht mehr hier, sondern in Leipzig gemacht würden, so glauben wir auch hierzu Mittel und Wege zu finden, um dem Herrn einen Strich durch die Rechnung zu machen. — Zuletzt stellten die Kollegen den Antrag, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, wozu der letzteren Angelegenheit, um vielleicht auf diese Weise den Magdeburgern ein Ende zu bereiten. C. S.

**Magdeburg.** In der Versammlung vom 9. Dezember v. J. stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: „Diskussion über ein Schreiben (Beschluß) vom Verbandsvorstand“. In dem betreffenden Schreiben theilt uns der Verbandsvorstand mit, daß von ihm beschloßen wurde, den Mitgliederleistungen das Recht einzuziehen, bei Bedarf 20 Prozent der Beiträge für lokale Zwecke zu verwenden. Die Versammlung konnte sich mit dem Beschluß nicht einverstanden erklären, denn was den Finanzen recht ist, ist den Anderen billig; mögen doch die Kollegen der Mitgliederleistungen, welche mit 15 Prozent nicht auskommen, etwas aus ihren eigenen Mitteln aufzubringen. Da werden wohl nicht viel Mitgliederleistungen übrig bleiben, die bloß 15 Prozent zu lokalen Zwecken zurückerhalten; unser Streben soll aber sein, so viel wie möglich Geld in der Verbandskasse zu haben. Es wurde daher beschloßen, keine Ausnahmen zu machen, entweder alle Mitgliederleistungen erhalten 20 Prozent zu lokalen Zwecken, oder es bleibt beim Alten. — Beim zweiten Punkt, Streit der Weißgerber bei Saueracker, wurden 15 Mark aus der Kassa für die Unterthänigkeit der Streifenden bewilligt. — Der Fragesteller erhielt vier Fragen, welche zur Genüge beantwortet wurden. — Unter „Verschiedenes“ wurde der Vorsitzende gebeten, die Versammlungen pünktlich um 9 Uhr zu eröffnen; ferner wurde beschloßen, außer den jetzigen Zeitungen auch die „Neue Union“ und die „Grapshische Presse“ zu abonniren, ferner drei Mappen für unsere Zeitung in der Herberge anzufertigen, wo dieselbe jeden Sonntag aufgeteilt wird, um so das Verschwinden derselben zu verhindern. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Am 20. Januar feierten wir unser zehntes Stiftungsfest in Lindner's Gesellschaftshaus, welches gut besucht war und zu Aller Zufriedenheit ausgefallen ist. Das Komitee hatte seine Mühe gegeben, das Fest zu einem würdigen zu gestalten. Die von dem „Grapshischen Gesangsverein“ vorgetragenen Gesangsstücke, sowie die Vorträge des Herrn Menning während der Kaffeepause ernteten reichen Beifall. — In seiner Ansprache erwähnte Kollege Walter alle Mitglieder, redete fest und treu zum Verband zu stehen, auch die Nichtmitglieder, bemehle bezutreten und sich nicht von Anderen die Kaschämien aus dem Feuer holen zu lassen. — Den Mitgliederleistungen Braunschweig, Wiesfeld, Duisburg-Nürnberg und dem Fachverein Leipzig für die Glückwünschenschriften, dem „Grapshischen Gesangsverein“ für seine Mitwirkung, sowie Allen, welche zur Verschönerung des Festes mit beigetragen haben, sagen wir an dieser Stelle unsern besten Dank.

Generalversammlung vom 27. Januar. Aus Gehalts- und Kasseebericht hatten wir am 1. Oktober 1893 einen Mitgliederbestand von 60. Neu eingetretene und zugereist sind 11, abgereist und ausgeschieden 4, bleibt am 1. Januar 1894 ein Bestand von 67 Mitgliedern. — An Versammlungen fanden im vorigen Jahre statt: 19 gewöhnliche, vier General-, eine außerordentliche und eine öffentliche Versammlung. — Nach dem von Kollege Dehler gegebenen Kasseebericht betragen die Einnahmen 175 Mk.; die Ausgaben betragen: Reiseunterthänigkeit 22,26 Mk., an Porto 0,70 Mk., für Agitation 3 Mk., 20 Prozent der Beiträge für die Lokalassesse 34,70 Mk., an die Verbandskasse abgemaldet 114,34 Mk. Die Bibliothek enthält 80 Bände; gelesen wurden 30 Bände und an Strafzahl 1,40 Mark veranrechnet. Damit sich nicht verschiedene Kollegen vom Strafzahl bekränken können, wird ein Reglement für die Bibliothek ausgearbeitet werden. — Als arbeitlos liegen sich im Arbeitsnachweis 3 Kollegen eintragen, eine Stelle war zu belegen. — Der Rechtschick kam nicht in Thätigkeit. — Kollege Dehler berichtet hierauf über den Stand der Lokalassesse; demnach betragen die Einnahmen 289,35 Mk., die Ausgaben 59,95 Mk., bleibt mithin ein Kasseebestand von 229,37 Mk. Da die Kassee und Bücher in bester Ordnung waren, wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Zum ersten Vorsitzenden Schubert, zum zweiten Wölter, zum Kassierer Dehler, zum Schriftführer Gierau und zu Beisitzern Berch, Weber und Dahn. Die Wahl eines Reisegeldauszahlers wurde bis auf Weiteres zurückgestellt. In den Rechtschick wurden die Kollegen Schubert, B. Walter und Dehler gewählt, als Revisoren die Kollegen Wendt und Zimmermann, und in den Arbeitsnachweis die Kollegen Rumpf, Weber und Kramer; sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die im Fragesteller entworfenen Fragen wurden bei der nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter „Verschiedenes“ erregt Kollege Schubert die Kollegen, welche in größeren Werksbuben arbeiten, Vertrauensmänner dort zum Einfließen der Beiträge zu wählen. Schluß der Versammlung 12 Uhr. A. W. N.B. Die Versammlungen finden alle 14 Tage von 6. Februar an regelmäßig statt. Das Fragesteller wird bis auf Weiteres beim Kollegen Dehler ausgelegt.



**Stettin.** In unserem letzten Bericht (Nr. 47 b. v. 3.) gaben wir mit, daß hier eine Streikung für Volltafelung eingetreten sei. Nachdem nun das Klammchen im Stillen fortklammte, sollte es am 3. Februar in der Mitgliederversammlung zum Brande entzündet werden. Zu derselben war nämlich ein Antrag schriftlich eingebracht, welcher verlangte, daß sich die Zahlstelle zu Gunsten eines Lokalvereins auflösen sollte; unterschrieben war derselbe von den Kollegen Sanow und Schmidt. Wenn man sich hierzu den Artikel in Nr. 1 d. v. 3. ansieht, der auch von jener Seite stammt, so muß man sich sagen, daß hier eine starke Sinnesänderung vorberichtet. Nun, an solcherlei Änderungen wird man ja schließlich gewöhnt und Kopfschütteln bleibt dabei freigestellt. — Um nun die Mitteilungen zu klären, wurde der Antrag zur Diskussion gestellt. Zunächst erhielt Kollege Sanow das Wort zur Begründung des Antrages. Er führte an, daß er in der Länge der Zeit anderen Sinnes geworden sei. (Doch vertrat Rehner schon bei der Umländerungsdebatte im April 1893 die Meinung, dem Verbandsrat nicht beizutreten. Bei der Abstimmung jedoch wurde die Auflösung des Vereins damals mit jämmlichen Stimmen angenommen.) Nach seiner Erfahrung müßte der Verband nichts. Die Ziele, die der Verband verfolge, seien ja ganz schön — aber sie sind nicht durchführbar, weil wir noch mit einer zu großen indifferenten Masse von Kollegen zu kämpfen haben; wenn das Größenverhältnis einmal umgekehrt sei, würde der Verband in Tätigkeit treten können. In der Weiterausführung greift Rehner auf die zehn Jahre seit Gründung des Verbandes zurück und versucht nachzuweisen, daß es bei Gründung des Verbandes mehr Vereine waren als jetzt und die Mitglieder auch kaum nennenswerte Fortschritte gemacht haben. Ein Streit sei nach seiner Ansicht unter den heutigen Umständen unmöglich, dies habe der Streit in Brandenburg bewiesen. Die Gewerkschaften könnten eben nicht die Mittel aufbringen, die zur Durchführung des Streites erforderlich seien; die älteren Kollegen trügen allein den Schaden, da sie an den Ort gebunden seien. Für Stettin sei ein Streit überhaupt wegen der großen Teilnahmlosigkeit von vornherein ausgeschlossen; an die Durchführbarkeit der Arbeitlosenunterstützung könne er auch nicht glauben, folglich habe der ältere Kollege vom Verband garrnirt. Rehner will auf dem Standpunkt des Abgeordneten Auer stehen, demnach seien die Gewerkschaftsbeiträge zu niedrig wie möglich zu stellen. Alles Weitere müsse man der politischen Partei überlassen.

Es erwidert zunächst Hoffendahl, welcher ausführt, er sei seiner politischen Überzeugung nach Lokalist, aber nicht in dem Sinne Sanow's; denn das sei seiner Meinung nach widerspruchsvoll, gewerkschaftlich Lokalist und politisch Zentralist zu sein; der Antrag wolle weiter nichts als der Sache einen Vermittlungsverein machen. Weiter ermahnte er die Kollegen, doch nicht immer in die Form zu streiten, denn da könne freilich nichts Einseitiges geschaffen werden; die Zentralisation sei doch einmal da und wolle Kampferorganisation sein. Der Antrag sei überhaupt verfrucht, man solle doch erst einmal abwarten; er ersucht im Interesse der Kollegen die Antragsteller, den Antrag zurückzugeben. Wie sich Sanow auf die Resolution Auer stütze, könne er nicht begreifen; ebenso die Folge dieses Antrages; die sozialdemokratische Partei sei doch die beste Zentralisation.

Kollege Richter (mit noch sechs Kollegen durch die Agitation Sanow neu eingetreten) machte den Eindruck, wie wenn er zum ersten Mal in einer Arbeiterversammlung spreche, denn er warf den Begriff Organisation und Verein durcheinander, als könne er sich dies selbst nicht auseinander denken. Er plaidiert für Vergnügungsvereine, denn nur da könne die Gemüthlichkeit gepflegt werden; es würde ja jeder wissen, was er zu thun habe.

Galow führt aus, daß man durch die Unterstufungen erst die Kollegen heranziehen und erhalten könne, und daß nur der Verband in seinem weiteren Ausbau es ermöglicht, die Lage der Buchbinder und Berufsangehörigen zu verbessern.

Knorr vertheidigt den Verband gegen die Angriffe der Gegner, weist darauf hin, daß der Antrag eigentlich nicht diskutierbar ist, da die Zahlstelle als solche nicht aufhebbar sei; man müsse es den Maginationen der Gegner überlassen, die Mitglieder zum Austritt zu veranlassen.

Gobel meint, ein solcher Antrag sei zu erwarten gewesen, derselbe sei aber sehr einseitig motiviert; er giebt die Erklärung ab, daß der Antrag nicht zur Abstimmung kommen kann, da wir kein Verein sind, sondern Einzelmitglieder des Verbandes, daher könne nur der Einzelne aus dem Verband austreten.

Hoffendahl weist auf den Ausführungen Richters' nach, wie man sich den neuen Verein zu denken habe und findet den Entwicklungsgang der Stettiner Kollegen natürlich; man sei von liberalen ins freisinnige, dann ins sozialdemokratische Fahrwasser gekommen, vielleicht komme man auch noch in ein anderes Fahrwasser. Die Zahlstelle sei bemüht ihre Schuldigkeit zu thun; er empfiehlt nochmals, den Antrag zurückzugeben.

Kollege Drömann behauptet, der Streit in Brandenburg sei nur durch die Indifferenten zu Fall gekommen, die Unterstützung wäre schließlich noch weiter aufgebracht worden; Rehner ist für unbedingte Aufrechterhaltung der Zentralisation.

Kollege Sanow sucht nunmehr die verschiedenen Rehner zu widerlegen und empfiehlt seinen Antrag nochmals; er meint, daß 30 Abgeordnete im Reichstage besser seien als eine gute Organisation, er stände ganz auf der Resolution Auer, die er als allein richtig anerkenne. (Die Resolution Auer stützt sich auf die Resolution des Parteitag's in Halle, welche den Parteitag als die schließliche Unterstufung der Gewerkschaftsbewegung durch Anknüpfen an die bestehenden Organisationen, oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, empfohlen hat.)

Wenn also Kollege Sanow behauptet, auf der Resolution Auer zu stehen, so darf er nicht gegen den Verband, sondern muß für den Anknüpfen wirken. (Die Redaktion.)

Knorr meint, daß sich über die Ausführungen Sanow's sehr streiten lasse und empfahl demselben, seine vermeintliche Kraft der Arbeiterschaft besser zuzuwenden.

Kollege Richter macht die gleichen Tiraden wie das erste Mal. — Kollege Stenbeck führt im erregten Tone aus, daß man den Kollegen nicht vorkommen sollte, wie sie zum Beitritt gekommen seien, die Bedingungen seien bei jeder Umländerung vorgekommen (doch nur 1890).

Kollege Hoffendahl weist die Angriffe Sanow's und Richters' auf seine Person zurück. — Galow erwidert Sanow, wenn wir jemals die Mehrheit im Reichstage hätten, so wären die Beschlüsse nicht richtig durchführbar, ohne daß eine gut organisierte Masse hinter den Abgeordneten stehe.

Geselle Will (Steindrucker) spricht sich für Zentralisation aus und wundert sich, daß ein derartiger Antrag hier verhandelt werde. Rehner verbreitet sich auf die Solidarität der Arbeiter, kommt auf das Gewerkschaftsstatut zu sprechen und macht dem Kollegen Sanow aus seiner Tätigkeit als ehemaliger Delegirter einen Vorhalt.

Nunmehr kommt Gobel zum Wort; derselbe geht in längerer Ausführung auf die Stellungnahme der Antragsteller ein und widerlegt dieselben. Man bekam nach dem Ende den Eindruck, daß sich die Antragsteller schließlich selbst für abgethan hielten. Allerdings verurtheilte Kollege Sanow in seinem Schlusswort, die einzelnen Ausführungen der Gegner zu widerlegen, ohne aber stichhaltiges vorzubringen, aber gründlich die vorgehaltenen Widersprüche zurückzuweisen, und zog schließlich seinen Antrag zurück. Die deutsche Kollegenheit wußte sich aus diesem gebräugelten Protokollauszug ein Bild der Versammlung und der hier herrschenden Kollegialität machen; der größte Theil der Stettiner Kollegen, die dem Verband fernblieben, würde einem in Arbeiter-Emancipationsvereinsförderung machenden Bivertverein jedenfalls sofort ihre huldreiche Liebeserklärung machen. Man sollte meinen, bei Löhnen von zwölf Mark und niedriger müßte es auch hier einmal in den Köpfen liegen, und die Kollegen, die den Minimallohn und darüber haben, sind auch noch nicht an der Lage Ende, aber auch wer politisch aufgeklärt sein will, muß einsehen, daß vorläufig der Reichstag in der Erhaltung eines auskömmlichen Lohnes nicht thun kann, und hier die Hände in den Schoß legen, hieße den Kampf schenken. — Den Antragstellern sei von dieser Stelle gesagt, daß an eine nochmalige Beratung eines solchen Antrages nicht zu denken ist, deshalb mögen sie alle Liebesmühe sparen. Sie werden nachgeben, nicht als treibender Keil weiter zu wirken, da sie sonst Anderes zu gewärtigen haben.

**Hamburg.** Nachstehend folgt Bericht über die Tätigkeit im Arbeitsnachweise der Mitgliedschaft Hamburg für das Jahr 1893.

Der Arbeitsnachweise wurde geführt von einer siebenköpfigen Kommission; vom 1. November an ging er in die Hände eines einzigen Beauftragten über. Auch ist von Bedeutung, daß im 4. Quartal ein neues Reglement für den Arbeitsnachweise in Kraft trat.

Zahlen beweisen, sagt schon ein altes Sprichwort, und an der Hand einer genau bearbeiteten Statistik wollen wir denen, die sich veranlaßt fühlen, den Nachstand einfach durch ein Abzählen zu ignorieren, vor Augen führen, welche ungeheure Arbeitslosigkeit bei einer verhältnismäßig geringen Zahl von Arbeitern herrscht.

Der Mitgliederbestand schwankte zwischen 190 und 211, und von diesen waren arbeitslos in den Monaten Januar 19, Februar 25, März 37, April 26, Mai 28, Juni 26, Juli 25, August 19, September 27, Oktober 28, November 33, Dezember 29, also im 1. Quartal 81, im 2. Quartal 80, im 3. Quartal 71, im 4. Quartal 90, im ganzen Jahre 322 Arbeitslose.

Die Zahl der arbeitslosen Tage betrug in den Monaten Januar 106, Februar 135, März 171, April 174, Mai 306, Juni 404, Juli 514, August 478, September 377, Oktober 268, November 162, Dezember 118, also im 1. Quartal 412, im 2. Quartal 484, im 3. Quartal 4369, im 4. Quartal 538, im ganzen Jahre 3215 arbeitslose Tage. Arbeitlosenunterstützung für die am Ort bleibenden Mitglieder wurde bezahlt: für verheiratete die Woche 10,50 Mk., für ledige 5 Mk., dieses macht die Summe von 70,60 Mk. im 1. Quartal, 213,30 Mk. im 2. Quartal, 173,20 Mk. im 3. Quartal, 62,50 Mk. im 4. Quartal, macht im ganzen Jahre die Summe von 519,60 Mk.

Reiseunterstützung vom Mai bis Oktober: für 6754 Kilometer à 2 Pfg. = 135,08 Mk., für 458 Kilometer à 1 Pfg. = 4,58 Mk.; November und Dezember: für 1893 Kilometer à 2 1/2 Pfg. = 47,32 Mk., für 358 Kilometer à 1 1/2 Pfg. = 4,47 Mk., zusammen von Mai bis Dezember für 9463 Kilometer 192,07 Mk.

Stellen waren angemeldet: im 1. Quartal 59, im 2. Quartal 30, im 3. Quartal 19, im 4. Quartal 57, zusammen 165 Stellen.

Vom Zentralarbeitsnachweise in Berlin waren im Monat November und Dezember 6 Stellen eingelaufen, wovon nur eine besetzt wurde.

Schlafmatten wurden ausgegeben 41 à 20 Pfg. und 25 à 25 Pfg., macht zusammen 14,45 Mk. Im ganzen Jahre wurden demnach zusammen 726,12 Mk. von der Mitgliedschaft Hamburg an arbeitslose Kollegen gezahlt.

Am Schlusse dieses Jahres waren 16 Arbeitslose vorhanden, welche durch Mangel an Arbeit gezwungen waren, das neue Jahr unter wenig günstigen Auspizien für die Zukunft anzufangen. Dieses wäre so ziemlich der Bericht über die Tätigkeit im Arbeitsnachweise. Aber man soll nicht oberflächlich darüber hinweggehen, sondern einmal darüber nachdenken, wie viel Elend und Kummer aus diesen trockenen Zahlen entgegenfließt. Sie sind ein bereiter Ankläger unserer heutigen „göttlichen Weltordnung“ und derjenigen, welche, aus dem Vollen schöpfend, nicht achten jener ihrer Mitmenschen, welche durch mühselige Arbeit das Kapital hervorbringen müssen. Aber sie zeigen uns auch, daß wir von den bestehenden Klassen nichts zu erwarten haben, und daß der Arbeiter, wenn er bessere Existenzbedingungen erreichen will, dieses nur im Verein mit Anderen erreichen kann. Diefer sind die Organisationen geschaffen, und es muß die Pflicht eines jeden Arbeiters sein, der Organisation anzugehören. Vereinzelt sind wir nichts, aber vereint in einer starken Organisation sind wir eine Macht, die mit einem Schlage dieäder der Maschinen stille stehen lassen und dem Kapitalismus, dem Selbstproleten den Krieg erklären kann, aber mit Erfolg. Darum auch, Ihr Träger, die Ihr noch keiner Organisation angehört, tretet ein in die Reihen der zielbewußten Arbeiterschaft und rüht die Werbetrommel für die Organisation; denn durch Kampf zum Sieg!

**Hamburg.** Die Mitgliederversammlung am 3. Februar 1894 hatte folgende Tagesordnung:

- 1. Tätigkeit des Gauvorstandes und Bericht vom Arbeitsnachweise; 2. Antrag Welle, betreffend Gewährung von freiem Unterricht in der Stenographie; 3. Entschädigung des Kassiers; 4. Bericht vom Gewerkschaftsstatut; 5. Feststellung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung. — Der Gauvorstand berichtet: Die Tätigkeit des Vorstandes des dritten Gau'es beschränkte sich in diesem Quartal lediglich auf die briefliche Agitation. Besondere Sitzungen haben nicht stattgefunden, sondern der Vorsitzende hat nach der Directive, die ihm in früheren Sitzungen gegeben wurde, die Geschäfte abgewickelt. Sonstige Besprechungen wurden am Sonnabend beim Zusammenkommen im Vereinslokal abgemacht. Zwecks Agitation richtete der Gauvorstand sein Augenmerk zuerst auf Ermittlung von Vorlesern, er war aber in dieser Beziehung an die Vertrauenspersonen der Partei gebunden, da leider die reisenden Kollegen die Aufgabe, die sie eigentlich erfüllen sollten, noch nicht befristet haben; nämlich den Gauvorstand durch Adressenlisten und andere örtliche Mitteilungen über die Verhältnisse zu unterstützen. Bis zur Reichstagswahl waren die Vorarbeiten gemacht, gleich nach der Wahl wurde in die Agitation eingetreten; von besonderer Bedeutung war die Agitationsreise des Kollegen Wetz. Derselbe sprach in Kiel, Lübeck und Hamburg.

Es herrscht im Allgemeinen in unserem Gau noch eine Laubzeit, die zu beunruhigen ist, indem selbst Vertrauensleute von Mitgliedschaften das Unternehmen eher hemmen als unterstützen. In Hensburg sind vier Wochen Zeit zu wenig, um einen Fragebogen auszufüllen; aus Oldenburg wird gar nicht geantwortet. Durch Verlesen einiger Briefe, die als Antwort betreffs Agitation zu betrachten sind, wurden unsere Mitglieder in recht heitere Laune versetzt. O Einfall! kann man da nur sagen; es ist aber auch der Beweis gegeben, daß wir an der äußersten Spitze der Organisation stehen. — Der Kostenpunkt für Porto, Reisen und sonstige Agitation war im dritten Quartal in Summa 22,60 Mk., für Porto 3,90 Mk. Ausgaben im 3. Quartal 32,60 Mk., davon 19 Briefe, 13 Karten. Eingegangen sind 27 Schriftstücke und nur 18 Briefe und 9 Karten. Die Agitation in Lübeck kostete 12 Mk. — Die Ausgabe im vierten Quartal betrug 12,05 Mk. Abgesandt wurden 25 Briefe, 21 Postkarten, 120 Streifenbänder. Eingegangen sind 1 Paket, 29 Briefe, 13 Karten. (Der Bericht über die Tätigkeit im Arbeitsnachweise der Mitgliedschaft Hamburg für das Jahr 1893 ist in einer besonderen Zusammenstellung zum Abdruck gebracht.)

Diesen beiden Berichten schloß sich eine lebhafteste Debatte an, wobei es sich größtenteils über das Annehmen der Stellen in kleineren Orten handelte, welche vom hiesigen Arbeitsnachweise vergeben werden, wofür aber selten Kollegen zu haben sind. — Einmütig wurde Rehner sprachte die moralische Verpflichtung aus, daß die Stellen angenommen werden müßten, da wir uns den Prinzipalen doch durch Zirkulare empfehlen. Dagegen war Kollege Schuchardt; derselbe stellte den Antrag, auf die nächste Tagesordnung zu setzen: „Minimallohn in den Provinzen und prozentualer Zuschlag.“

Kollege Grimm trat im Laufe der Debatte für Abhaltung eines Goutages ein. Komman war für Aufforderung der anderen Mitgliedschaften, so dieselben einen Goutag wünschen. Schuchardt hält die Goutage für höflich und verfrucht. Die ziemlich hitzige Debatte hatte sich bis 12 Uhr ausgezehnt und mußte der Rest der Tagesordnung für nächste Versammlung zurückgestellt werden.

Es freut mich, berichten zu können, daß die Versammlungen der hiesigen Mitgliedschaft, welche den Interessen an den Verhandlungen aus den lebhaftesten Debatten am besten zeigt. Der derzeitige Schriftführer wird durch regelmäßige Berichte auch den auswärtigen Mitgliedern gerecht zu werden und sie auf dem Laufenden der Verhandlungsoberhandlungen zu halten suchen. Ich schließe mit dem Ruf: Auf, Kollegen, an die Arbeit Alle, helfe dem Vorstand die große Arbeit, die noch zu bewältigen ist, vollführen. Der Schriftführer: A. B. Bittner.

**Bremen.** In der am 3. Januar stattgefundenen Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft, welche den Verhältnissen entsprechend zahlreich besucht war, wurde nach Erledigung des Wochenberichts ein Vortrag über „Die Darwin'sche Theorie“ entgegengenommen. Der Redner Geselle Kahl hat uns an Beispielen, daß alle Mineralien, Pflanzen und Thiere aus der modernen Entzündungstheorie ein und demselben Stadium der Entwicklung unterworfen sind. Deutlich erschließen wir das höchste Geschick, den Menschen, welcher aus der Pflanzen- und Thierwelt hervor-

gegangen ist. Der Körperbau, sowie das Geistesleben ist nichts als eine durch den Kampf ums Dasein und durch Vererbung verbesserte Entwicklung. Dieser Prozeß ist ein Beweis für die Unabänderlichkeit der menschlichen Schöpfungsgeschichte, deren Wahn die herrschende Gesellschaft bei den Arbeitern erhalten wissen möchte. Bei der Bourgeoisie heißt es immer: „Thut nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken.“ Kein lebendes Wesen führt unter Sinesigkeiten den Kampf ums Dasein in so grausamer, schließlicher Weise, als der Mensch, bedingt durch die anarchische Produktion und das damit verbundene Profitstreben. Aber bei den Arbeitern ist es bereits Licht geworden, sie haben, auf Beweise gestützt, erkannt, daß alles Erprießliche nicht von Gott erschaffen, sondern das Produkt einer vorhergehenden Entwicklung ist. — Eine sich an den Vortrag knüpfende Diskussion bewegte sich in diesem Sinne. Unter „Verdiesenes“ wurden noch einige innere Angelegenheiten der Mitgliedschaft erledigt. G. Zebbe.

**Siegen.** Endlich sind wir in der Lage, auch mal etwas über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Siegen, welches in der Buchbinderzeitung seitler nie zu finden war, berichten zu können. — Selten hält sich ein Verbandsoffizier lange hier auf, daher auch der Umlauf, daß es immer noch Kollegen giebt, die, weil sie die bestehenden Verhältnisse nicht kennen, hereinfallen.

Durchschnittlich sind bei den hiesigen zehn Buchbinderzweigen ca. acht bis zehn Gesellen beschäftigt. In allen Buchbinderzweigen, außer zwei, wird elf Stunden und länger gearbeitet, bei einem Lohn von 5 bis 6 Mark und freier Station für einen besseren Gesellen; den jüngeren Gesellen wird sogar oft 3 bis 4 Mark pro Woche gezahlt. Und trotzdem giebt es einige Menschen, Kollegen will ich gar nicht sagen, die Jahre lang für einen solchen Schumbloß, dazu theilweise noch bei schlechter Kost, arbeiten; es sind sog. Mucker, welche auch mit den Flemmigen auskommen, sich aber an etwaigen Vergünstigungen nicht beteiligen, wonach diese aber auch gar kein Verlangen haben, denn sie müssen ganz nach der Pfeife des Meisters, ja sogar beissen Frau, tanzen. Aber daß es möglich ist, einen solchen Menschen auf andere, für ihn bessere Bahnen zu lenken, ist gar nicht zu erwarten; daher kommt es auch, daß die Meister größtenteils verwehnt sind und einen organisierten Arbeiter nicht vertragen können. — Unter den Firmen ist eine Gesellschafterfabrik A. Schneider (früherer Verlag des Generalanwalter, der vor Kurzem eingeschlossen ist). Derselbe beschäftigt ein ein Gesellen, welcher pro Woche sage und schreibe 12 Mark erhält und verarbeitet ist; dieser soll ohne Material und mit wenig Werkzeug arbeiten, da das bei Herrn Schneider die Hauptfrage ist, denn, wie er selbst sagt: „Mit Material und Werkzeug arbeiten, ist keine Kunst, aber ohne daselbe, das ist eben die Kunst.“ Der Inhaber des Siegener Tagelohns, Herr Fr. Dreitenbock, stellt einen Buchbinderzweigen noch kurz vor dem Einschluß des Schneider'schen Organs ein, ohne daß er Material und Werkzeug besitzt — an etwas Anderem fehlt es auch noch —, was er vor dem Einschließen deselben doch unbedingt wissen mußte. — Im Uebrigen möge sich jeder Kollege selbst ein Bild solcher Verhältnisse vor Augen führen, möge aber auch jeder Kollege sich erst erkundigen, bevor er hierüber eine Stellung annimmt, damit er nicht so hereinfällt, wie es mir in kurzer Zeit mehrmals ergangen ist.

Mit kollegial. Gruß H. Hellmann.

**Zur freien Arztwahl bei Krankenkassen.**

(Schluß.) Die meisten Kassen sind bedrohen auch nur Scheinfragen nach mancher Hinsicht, denn dieselben können oder wollen häufig gar nicht das leisten, was sie versprechen. Ist es doch dieser Tage bei einer der besten Kassen (einer Dristkasse) hier vorgekommen, in welcher die Familienmitglieder auch freie Arznei haben, daß man dem betreffenden Mitgliede einfach die Bezahlung der Rezepte verweigerte, weil der Privatarzt angeblich so theure Medikamente verschrieben habe, was bei der Kasse nicht vorkommen dürfe, und dabei heißt es ausdrücklich in den Statuten „freier Arzt und freie Arznei“. Ist das nicht Komödie? Geschieht dies aber schon bei einer thatsächlich gut fundierten Dristkasse, was muß da alles bei den minder gut fundierten Kassen vorkommen. So lange aber die Wissenschaft theure Medikamente (in gewissen Fällen) vorschreibt, so lange ist es Sache des einzelnen Arztes, zu beurtheilen, wann ein theures und wann ein billiges verordnet werden soll, nicht aber darf man von vornherein die Kassenzettel nur zu billigen Verschreibungen zwingen, sonst ist die ganze Einrichtung einfach Blendwerk und Humbug. — (Ich möchte damit nicht verwechselt wissen das lobenswerthe Vorgehen von Kassen, bei den Berechnungen der Arzneien möglichst Erparungen zu machen und jegliches Ueberflüssige in der Art der Verpackung zu vermeiden.) Anders Kassen bezahlen ihre Reize verhältnismäßig besser, auch haben die Ärzte den Patienten gegenüber eine geschicktere Stellung, sie dürfen sich schon Manches erlauben, ohne gleich dem Belegirten irgend unangenehme, diese Stellen sind aber meist nur solchen Ärzten zugänglich, denen eine Sympathie von Fremden und Bettern, Pöbeln und Lanten zur Verfügung steht. (Dieser Empfehlungsbrief scheint mir in Hamburg auch auf vielen anderen Gebieten für ein besorgliches Fortkommen allein notwendig zu sein.)

Was bleibt bei diesen Verhältnissen das gegenseitige Vertrauen? Verzieht das Rollenmitglied A. B. in eine andere Straße, dann wechselt daselbst sofort seinen Arzt, ähnlich wie man seine Absätze wechselt. Verzieht der Arzt das Vertrauen des Vorstandes, dann hat er oft gar nicht nöthig, sich das Vertrauen des Patienten zu erwerben; denn der Patient bringt ja



(abgesehen von geringen Ausnahmen) auch kein weiteres Vertrauen entgegen und läßt sich ruhig von einem anderen behandeln, wenn er seine Wohnung ändert, die Kranken stehen häufig in einer Art Rekrutenerhaltung zum Arzt. Es giebt sogar Kassen, deren Mitglieder über ganz Hamburg-Altona und Umgegend vertheilt sind und welche nur einen Arzt haben. Welche Vorstellung sich eigentlich bei dieser famosen Einrichtung die betreffenden Vorstände über Krankenbehandlung machen, ist mir wenigstens unverständlich. Die armen Mitglieder müssen wegen der weiten Entfernung oft sich einen Privatarzt nehmen (d. h. wenn sie die Mittel haben) und haben ihren Kassenarzt als so eine Art Luxus. Bei den obwaltenden Umständen vieler Kassen heißt es oft einfach für den Kassenarzt, die Interessen der Mitglieder kommen erst dann, wenn es die vom Vorstand genehmigten Interessen erlauben!

In Leipzig besteht neben der freien Arztwahl die Einrichtung, daß kein Arzt Kassamitglieder behandeln darf, wenn er nicht den Nachweis bringt, daß er bereits zwei Jahre Arzt ist resp. dort praktiziert hat. Die betreffenden Kassamitglieder schämen dadurch den Werth der ärztlichen Leistungen höher wie hier, und es ist auch natürlich, daß ein halbwegs einflussreicher Mensch das Wohl und Wehe seiner Familie nicht dem ersten Besten anvertraut; auch nach dieser Richtung sind die bestehenden Verhältnisse für die Bevölkerung kein Kompliment.

Der fortgeschrittene Arbeiter hat zwar schon längst alle die Krebschäden erkannt, leider aber ist auch er nachlässig der großen invidiosen Masse gegenüber, zumal ja auch die meisten hiesigen Krankenkassen von den sogenannten „Blauen“ regiert werden, deren Regenten, wie so vieles hier in Hamburg, dem Wahrspruch, immer langsam voran, daß der Hamburger Epheer nachkommen kann, ihr Amt pflichtgetreu ausüben scheinen. Ist auch zur Zeit eine Vereinigung sämtlicher Hamburger Krankenkassen zu einer einzigen, mit einer Verwaltung, in Folge des eigenartigen Hamburger Scharbildens nicht möglich, so ist es an der Zeit, zu der allenthalben schon erhobenen und auch meist schon längst durchgeführten „freien Arztwahl“ wenigstens Stellung zu nehmen. Nicht im Interesse der Ärzte, sondern im Interesse der Mitglieder wird diese Forderung erhoben. Ich bin mir wohl bewußt, daß auch diese selbstverständliche Forderung hier nicht so ohne Weiteres angenommen wird; ich halte es deshalb für eine Pflicht, auch hierüber eine kurze Auseinandersetzung zu geben, damit man nicht mit sogenannten Redensarten über eine für die Bevölkerung geradezu legendäre Forderung hinweggehen kann; an dem aufgelierten Arbeiter liegt es aber, auf die anderen einzuwirken und dieselben aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, damit die Hamburger Arbeiterschaft sich nicht noch länger den berechtigten Vorwurf machen lassen muß, daß sie auch an den Verhältnissen, deren Umänderung in ihre Macht gegeben ist, nichts ändern will. Will sie aber auf der Höhe der Zeit stehen, dann muß sie nachgebungen auch an eine Reform des Hamburger Krankenkassenwesens mit Hand anlegen. Von den Ärzten ist in dieser Beziehung nicht viel zu erwarten, weil dieselben aus so verschiedenartigen Schichten der Gesellschaft sich zusammensetzen und daher nicht wie der Arbeiter ein Interesse verfolgen; diejenigen aber, welche den ernstlichen Willen dazu haben, sind nicht stark genug, um solche Reformen allein durchzuführen. — Die Initiative muß ja auch von den Mitgliedern ausgehen, da deren Interessen zuerst in Frage kommen.

Man sollte meinen, daß die „freie Arztwahl“, d. h. das Recht eines jeden Kranken, sich benennigen Arzt zu nehmen, zu welchem er Vertrauen hat, so selbstverständlich sei, daß es gar keiner weiteren Auseinandersetzung bedürfte.

Die Gegner führen hauptsächlich als Grund an, daß die Verwaltung eine schwierigere, die Kosten bedeutender würden, weil dann das Interesse der verschiedenen Ärzte nie so reges für die Kassen wäre, als es bei dem Kassenarzt schon durch den Zwang der Fall sei. Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Ärzte freilich wird eine größere werden, kein Vorsteher resp. Vorstand, der an Bildung klattert vielleicht unter dem Kassenarzt steht, kann dann mehr willkürlich und frivol, wie dies ja bei dem heutigen Systeme der Fall sein kann, an der Erziehung eines ihm mißliebigen Arztes rütteln.

Eine Kasse könnte zunächst an sämtliche Ärzte ein Rundschreiben senden, in welchem dieselbe ihre möglichen Bedingungen bei einer freien Arztwahl kund giebt. Kassen die Bedingungen dem einen oder anderen Arzt nicht, dann kann er ja immerhin sich davon ausschließen, ich bin aber fest überzeugt, daß mindestens fünf Sechstel aller hiesigen Ärzte bei einem nur halbwegs anständigen Modus eine Vereinbarung annehmen würden. Diese Ärzte können dann später sich in einer Versammlung aussprechen und können bereits eine Norm, wie sie der Verein der Ärzte für freie Arztwahl in Berlin aufgestellt hat, ihrer Verabbarung zu Grunde legen. Bei nur halbwegs gutem Willen seitens der Kassenvorstände ließe sich da viel erreichen. (Dass man doch bereits in Berlin nachweisen können (vergl. Mediz. Reform 1893), daß die freie Arztwahl im Allgemeinen eine Ersparrnis für die Krankenkassen bedeutet. Die Ärzte beanspruchten ja nicht eine unnütze Bezahlung, sondern richteten sich völlig nach den jeweiligen Verhältnissen der Kassen; freilich dürfen die Anerbietungen nicht auf der Höhe stehen, wie sie etwa ein Stiefelputzer beanprucht).

Wird j. A. eine Kasse 3 Mk. pro Kopf im Jahre bei einer Zahl von 10000 Mitgliedern als Arzthonorar aus, dann werden die 30000 Mk. so vertheilt, als die einzelnen Leistungen der Ärzte zusammengezählt im Verhältnis betragen, j. A. es wären von 100 Ärzten 60000 Besuche gemacht, dann würde 60000 in 30000 geteilt, und der einzelne Besuch käme auf 50 Pf.; hat nun ein Arzt

viele Besuche gemacht, dann bekommt er mehr wie ein anderer. Einem Mißbrauch unnötiger Besuche würde die Giltigkeit eines Scheines auf eine Woche abhellen; in dieser Hinsicht liegen sich ja auch bereits anderswärts bestehende Einrichtungen zu Grunde legen. Es ist ganz unrichtig, zu behaupten, die verschiedenartigsten Mißstände beruhten theilweise in der Ueberproduktion von Ärzten; dem zahlungs-fähigen Publikum gegenüber ist die Ueberproduktion zwar vorhanden, dem Gesamtpublikum erkläre der Kassamitglieder gegenüber ist aber die Anzahl der Ärzte hier sowohl als im übrigen Deutschland noch keine allzugroße. Wenn aber bald drei Viertel der ganzen Bevölkerung nicht so zahlungsfähig sind und deshalb in die Krankenkassen eintreten müssen, so ist dies doch kein Grund, den größten Theil der Ärzte von der Behandlung der Kassamitglieder ohne Weiteres auszuschließen, zumal die Kassen resp. Mitglieder dadurch nur Nachteile und absolut keine Vorteile haben. Der Staat sowohl wie die Gemeinden verlangen von jedem Arzte ihre Abgaben und die Behandlung der Kranken soll nur das Privilegium Einziger bleiben! Gewiß eine herrliche Illustration unserer bestehenden Verhältnisse!

Während man an anderen Orten den Krankenkassen durch Vermächtnisse leitens Begüterter ihre Laffen etwas abzunehmen sucht, so ist auch in dieser Hinsicht hier wenig oder nichts geschehen. Ist es nicht beschämend, daß sogar das geplante Reformengesetz bei Kassamitgliedern noch nicht lebensfähig geworden ist?

In Leipzig sind vor einigen Jahren schon von Privaten zu diesem Zwecke zwei Rittergüter geschenkt worden, andere Städte haben ähnliche Einrichtungen schon längst; es sind das weitere Beweise, wie wenig Einn und Verständnis bei den mittleren und oberen Bevölkerungsschichten hier in dieser Hinsicht vorhanden ist. — Man läßt den Arbeiter einfach zapfen mit seinen Krankenkassen, mag er schon leben, wie er damit fertig wird. Auch die ursprüngliche Hoffnung, daß von Staatswegen nach den traurigen Erfahrungen der Cholerazeit eine gründliche Reform des Krankenkassenwesens vorgenommen werden würde, hat sich bis jetzt als trügerisch erwiesen. Es bleibt deshalb für den Arbeiter nichts übrig, als sich selbst zu helfen und die in Vorliegendem gegebenen Auseinandersetzungen zu beherzigen und zur Ausführung bringen zu helfen.

Hamburg. Dr. Sch.

### Hundschau.

Nach einer in der Petitionskommission des deutschen Reichstages vom Regierungskommissar Ober-Regierungsrath Wölke abgegebenen Erklärung ist man im Reichstag das Innere bereit, betreffs der sich bei der Invaliditäts- und Altersversicherung ergebenden Unklarheiten in eine Ergründung zu treten, wie denselben abzuhelfen sei. An den grundlegenden Bestimmungen, vor Allem an dem Renten system, soll nichts geändert werden, dagegen soll bezüglich der mangelhaften Unbequemlichkeiten des Lebens u. s. w. gehandelt werden, Erleichterung zu schaffen; j. A. statt der Wochenmarken auch Monats-, Quartals- und Jahresmarken zu verwenden und die gegenwärtige Quittungskarte, die so häufig umgetauscht werden muß, durch ein Quittungsbuch oder etwas Ähnliches zu ersetzen. Dagegen werde es kaum möglich sein, den Termin für den Empfang der Rente auf das 60. oder 50. Jahr hinauszurücken. Das würde eine kolossale Steigerung der finanziellen Belastung einschließen und in weiten Kreisen auf Widerstand stoßen.

Den Malern der Firma Benzgenz u. Komp., Herbfabrik in Barmen-Rittershausen, wurde fehmündig, weil sie sich bei ihren ohnehin niedrigen Löhnen nicht auch noch eine Coprog. Vohrreduzierung gefallen lassen wollten.

In Kiel stehen die Schneider vor einem Lohnkampf. Sie wollen den Durchschnittslohn von Mk. 13,50 auf Mk. 17,50 bringen und die Hausarbeit abschaffen.

Wegen Lohnbifferenzen ist die Arbeit in der Böttcherei der Allen'schen Portland-Zementfabriken in Jhebo eingestellt.

Der schon in der 4. Woche stehende Streit der Polier der Goldlebensfabrik von Ewe, Frost und Kläpfer in Burg bei Magdeburg dauert fort, da alle Einigungsversuche bis jetzt gescheitert sind.

Der Formerkreis in Nürnberg ist durch Vermittlung des Generoberichters als Einigungsamt benannt. Die Vereinbarung wurde unter folgenden Grundbügen abgeschlossen: 1) Die Fabrikanten werden sich bemühen, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen. 2) Anerkennung der Forderung der Unternehmer, betreffend die Affordarbeit, unter Sicherung des Tagelohnes, welcher bisher bezahlt wurde. Der Tagelohn ist auch dann zu bezahlen, wenn die Formner durch die Affordarbeit bei zehnstündiger Arbeitszeit weniger verdienen; wird ein höherer Verdienst erzielt, so ist dieser ungeschmälert auszubehalten. Abrechnung nach an jedem Taglohn oder Wochenlohn zu erfolgen. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Prozent zu bezahlen. Bei Werkbader und Fried, wo bisher in Afford gearbeitet wurde, ist der eventuell zu bezahlende Tagelohn der einzelnen Formner durch die jüngste Steuerklasse zu ermitteln. 3) Es ist eine aus gleichen Theilen der Unternehmer und Arbeiter zusammengesetzte Beswerdebemittlung zu ernennen, welche in Zukunft Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern zu schlichten hat. 4) Die Vereinbarungen sind schriftlich niederzulegen und von den Satzungen je ein Exemplar dem Einigungsamt, dem Industriellenverband und der Arbeiterorganisation auszubehalten. \* Der Brandenburger Streik hat dem Bestehenden des Verbandes der Lithographen, Steinbrucher und Berufsgeosenen D. Sillier in Berlin nachträglich eine Strafe von zwei Monaten eingebracht, weil er in einem Artikel der Graph. Presse ausgesprochen, daß kein ehrlicher Arbeiter sich finden werde,

der Kaufmann'sche Arbeiten anfertige. Jedemfalls wurde auf die hohe Strafe erkannt, weil hinter diesem Aussprüche die Namen von Streikbrechern folgten, die bekanntlich sich eines besonderen Schutzes erfreuen.

Das Personal der hussang'schen Buchdruckerei in Hagen hat infolge Differenzen die Arbeit eingestellt. Die Bemühungen des Bauvorstandes, eine Einigung herbeizuführen, blieben erfolglos.

In der Glengieserei und Maschinenfabrik des Kommerzienraths F. Vachler und Söhne in Jnsterburg ist ein Schlosser H. 35 Jahre beschäftigt und ist vor etwa zwei Jahren dem Manne das Unglück passiert, 26 Wochen krank und arbeitsunfähig sein zu müssen. Nachdem H. gesund geworden war, wurde er in der Fabrik nicht mehr als Schlosser, sondern als Anstreicher beschäftigt. Er verdient also solcher bis Neujahr 1894 15 Pfennig die Stunde. Nach Neujahr wurde der Lohn von 15 auf 6 Pfennig die Stunde herabgesetzt, so daß derselbe 66 Pfennig pro Tag, sage und schreibe sechsundsiebzig Pfennig, verdiente, wovon eine nicht zu kleine Familie leben soll. Als H. bei einem Mitinhaber des Geschäftes vorstellig wurde, daß er mit solchem Lohne nicht bestehen könnte, versprach ihm dieser ein Gehalt von 14 Mark monatlich, aber nur unter der Bedingung, daß er es Niemand erzählen würde. — Es geht doch nichts über die Grogmut eines solchen Arbeitgebers.

In Breslau siegten bei der am 14. d. M. stattgefundenen Wahl der Gewerbegerichts-Besitzer die seitens der Arbeiterpartei aufgestellten 102 Kandidaten. Ein Wahlkampf hat eigentlich gar nicht stattgefunden, da weder die Christl. Demokraten noch die christlichen Arbeitervereine Kandidaten aufgestellt hatten.

Gegenwärtig giebt es im gesammten Deutschen Reiche 211 Gewerbegebiete, von denen 140 auf Preußen, 13 auf Bayern, 17 auf Sachsen, 9 auf Württemberg, 7 auf Baden, 4 auf Hessen, 3 auf Sachsen-Weimar, 6 auf Braunschweig, 5 auf die Meckelbunde und je 1 auf Oldenburg, Sachsen-Gotha, Neuh. a. L., Lippe-Deinold und jener 3 Hansestädte entfallen. Ganz fehlen bisher die Gewerbegebiete in beiden Mecklenburg, in Sachsen-Meinigen, Sachsen-Altenburg, Anhalt, beiden Schwarzburg, Neuh. j. L. und Schaumburg-Lippe.

In Gießen vermachte ein Fräulein der Stadt 12000 Mk. mit der Bestimmung, eine Verpflegungsanstalt für arme, obdachlose — Thiere zu errichten. Daß es auch arme, obdachlose Menschen giebt, für die zuerst geforgt werden sollte, das scheint die jedenfalls schriftliche Dame nicht genügt zu haben.

Wortbrüchig ist die Firma Emanuel Sintel, Lebergalantriebsmaschinenfabrik in Wien, geworden, denn sie führt die seiner Zeit durch Vereinbarung abgeschlossene Schildarbeit wieder ein, wogegen sich die Arbeiter selbstverständlich auflehnen.

Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes hat beschlossen, mit 1. März des laufenden Jahres unter gänzlichem Wegfall der Frühstücke und Leseperausse die tägliche Arbeitszeit in der Vereinsbuchdruckerei von 9 auf 8 1/2 Stunden herabzusetzen.

### Literarische.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, J. F. W. Dieb' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 20 Pf. (pro Quartal 2,50 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen. Erschienen ist Heft 21.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Neuh-Strasse 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotiere. Unter Kreuzband für Februar-März 1 Mark. Erschienen ist Nr. 3.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. F. W. Dieb' Verlag) ist uns die Nr. 4 des vierten Jahrgangs ausgegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Postgelde 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. — Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

### Briefkasten.

H. B. Artikel, welche allgemeines Interesse finden, sind stets angenehm. Berichte aus Leipzig (M. S.), Frankfurt a. M., Hannover mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden.

### Änderungen im Adressenverzeichnis.

Änderung im Verzeichniß der Reise-Unterstützungsgeldempfänger. Aitenburg. (Aus solchen Mitteln erhalten ausgeheuert und nicht bezugsberechtigter Mitglieder eine Schlafmarkte im Werte von 50 Pf., voll bezugsberechtigter eine solche von 30 Pf.) Chemnitz. A. Emil Sgritter, bei E. Schäfer, Neugasse 11 III; von 12-1 und 7-8 Uhr, Sonntags von 12-1 1/2 Uhr. (Mitglieder unter 13 Wochen, sowie Ausgehheuerte erhalten eine Schlafmarkte.)

### Aufruf!

Um einen Ueberblick des Umfangs der von Privatunternehmern in den Strafanstalten des Deutschen Reichs mit Buchbinderei- und Kartonnagen-Arbeiten beschäftigten Gehangenen, der Art und des Quantums der im Laufe eines Jahres angefertigten Arbeiten, im Verlage von E. Schremmel in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Illustrirtes Familienbuch der Naturheilkunde** mit besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Hygiene von Ludwig Rezhäuser. Erscheint in circa 35 Heftungen à 20 Pfennig.

sowie der dafür gezahlten Löhne zu erhalten, bitten wir sämtliche Kollegen, welche verlässliche Angaben hierüber machen können, um möglichst umgehende Verantwortung folgender Fragen:

1. Name und Ort der Strafanstalt?
2. Wie viel Personen werden darin beschäftigt auf a) Buchbinderei (welche Artitel?) . . . b) Kartonnagen (welche Artitel?) . . . c) sonstige in diese höher einschlagenden Arbeiten (Art derselben) . . .
3. Wie viel Arbeit wird jährlich angefertigt?
4. Wie viel wird pro Kopf vom Unternehmer gezahlt?
5. Auf welches Jahr beziehen sich vorstehende Angaben?

Da eine genaue Zusammenstellung der genannten Punkte von allgemeinem Interesse ist, dürfen wir wohl eine rege Theilnehmung voraussetzen. Mit collegialischem Gruß

Die Redaktion.

**Bekanntmachung**  
des Zentral-Arbeitsnachweises.  
Kartonnagenarbeiter auf bessere Kartonnagen erhalten dauernde Stellung bei gutem Lohn in größerer Stadt Sachsen.  
Bei schriftlichen Anfragen ist der Mitgliedschaftsloos auszugeben und Freimarkt zur Rückantwort beizulegen.  
Für den Zentral-Arbeitsnachweis:  
W. Brilke,  
Berlin NO., Kl. Frankfurterstraße 5, Hof 1, IV L.

**Anzeigen.**  
**Mitgliedschaft Stuttgart.**  
Samstag den 24. Februar, Abends 7 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
im Gasthof zum Hirsch, großer Saal.  
72) Tagesordnung: [1,50]  
1. Vortrag von Genosse Köhler: „Die Gleichheit der Naturerkenntnis bis auf Charles Darwin“.  
2. Fragestunde. — Berichtesbes. Die Referanten werden erucht, umgehend ihren Verpflichtungen nachzukommen.  
**Der Vorstand.**

**Mitgliedschaft Hamburg.**  
Sonntag den 10. März, Abends 9 Uhr, bei Herrn Flug, Kollhoffen 32a  
**Mitgliederversammlung.**  
73) Tagesordnung: [1,50]  
1. „Die Christl. Demokratische Gewerkschaftsbewegung.“ Referent: Kollege Büchtem.  
2. Verschiedene Bekanntmachungen.  
**Der Vorstand.**  
NB. Wegen des Stiftungsfestes der „Oberstadt“ findet die Versammlung nicht am 3., sondern am 10. März statt.  
D. C.

**Fachverein Leipzig.**  
(Arbeiter u. Arbeiterinnen) [1,30]  
74) Sonntag den 3. März, Abends 7 1/2 Uhr, im „Universitätskeller“, Ritterstr. 7 1  
**Vereinsversammlung**  
mit Vortrag.  
Recht zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Vorstand.**

**Warnung.** [1,00]  
75) Paul Rasenberger, Buchbinder aus Leipzig, wurde aus unserem Verein als Schwindler ausgeschlossen. Sämtliche Vereine und Kollegen werden hierdurch vor diesem gewarnt.  
**Der Buchbinder-Fachverein Jürich.**  
**Nur einmalige Anschaffung**  
von Werkzeugen haben Sie nötig, wenn Sie zu Ihrer Etablierung die dauernd brauchbarsten Gegenstände von [1,80]  
F. Klement, Leipzig, Kirchstraße 36, sich kommen lassen.

**Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstrasse.**  
Empfehle [77]  
Guten bürgerlichen Mittagstisch zu . . 40 Pf.  
Altenbildlich frischen Stamm von . . 30 Pf. an.  
Echt Culmbacher, à Glas . . . 15 Pf.  
H. Crostiger Lagerbier, 2 Glas . . . 25 Pf.  
Gesellschaftszimmer, kleiner Saal zu Vermählungen. [2,20]  
Hochachtungsvoll W. Spieß.

**Lehranstalt**  
Hand- & Pressvergoldung etc.  
Ausbildung in allen Fächern der Buchbinderei, Prospekt- u. gen. A. Kullmann, Gieschen (Sachsen).